

Inhaltsverzeichnis

1.	Vertragliche Grundlagen der Rahmenvereinbarung	3
1.1	Rahmenvereinbarung je Los	3
1.2	Vertragspartner	3
1.3	Vertragspartner für die Einzelkaufverträge	3
1.4	Bezugsberechtigte	3
1.5	Laufzeit.....	4
1.6	Liefer- / Leistungsort	5
1.7	Vertragsausübung.....	5
1.8	Bestellung und Einzelkaufvertrag	5
1.9	Haftungsausschluss	6
1.10	Dedizierter Ansprechpartner	6
1.11	Sprache	6
1.12	Eigennutzung	6
1.13	Preise / Preisanpassung.....	7
1.14	Zahlungsbedingungen / Rechnungsstellung	8
1.15	Lieferung und Lieferverzug	8
1.16	Abnahme und Gefahrenübergang	10
1.17	Sachmangel und Gewährleistung	10
1.18	Sonstige Haftung.....	11
1.19	Produkt- und Technologiewandel	12
1.20	Vertraulichkeit und Datenschutz.....	12
1.21	Vertragswidrige Verwendung.....	13
1.22	Kaufrechtsabtretung bei Leasingfinanzierung	13
1.23	Einhaltung der Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) sowie des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) / Freistellung.....	14
1.24	Weitergehende Bestimmungen	15
1.25	Gerichtsstand	15

SWR ➤	Südwestrundfunk	2 Seite 17
	Rahmenvereinbarung zur Lieferung von fabrikneuen Kraftfahrzeugen (BEV + PHEV)	
	Besondere Vertragsbedingungen	
	Aktenzeichen: EU-A/P 06/2024	

2.	Abnahmemengen	16
2.1	Mindestabnahmemenge	16
2.2	Geschätzte Abnahmemenge	17
2.3	Optionale Höchstmenge	17
2.4	Reporting.....	17

SWR ➤	Südwestrundfunk	3 Seite 17
	Rahmenvereinbarung zur Lieferung von fabrikneuen Kraftfahrzeugen (BEV + PHEV)	
	Besondere Vertragsbedingungen	
	Aktenzeichen: EU-A/P 06/2024	

1. Vertragliche Grundlagen der Rahmenvereinbarung

Mit der Abgabe des Angebots akzeptiert der Bieter die Festlegungen und Anforderungen aus diesem Dokument. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

1.1 Rahmenvereinbarung je Los

Mit Zuschlagserteilung schließt der Auftraggeber eine Rahmenvereinbarung je Los zur Lieferung von standardisierten, fabrikneuen Kraftfahrzeugen (BEV + PHEV) mit einem Auftragnehmer ab, dessen Angebot entsprechend der Wirtschaftlichkeit im Sinne der Bewertungskriterien dieser EU-Ausschreibung am besten bewertet ist.

In der Rahmenvereinbarung werden übergreifend die grundsätzlichen Rechte und Pflichten zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber für alle mit dieser EU-Ausschreibung nachgefragten Lieferungen und Leistungen in ihrer jeweils aktuell gültigen Ausgestaltung geregelt und die für die Leistungserbringung geltenden allgemeinen Bedingungen und Konditionen festgelegt.

1.2 Vertragspartner

Vertragspartner (Auftraggeber) für die abzuschließende Rahmenvereinbarung ist:

Südwestrundfunk
Anstalt des öffentlichen Rechts
vertreten durch den Intendanten Prof. Dr. Kai Gniffke
Neckarstraße 230
70190 Stuttgart

1.3 Vertragspartner für die Einzelkaufverträge

Vertragspartner für die über die Rahmenvereinbarung abzuschließenden Einzelkaufverträge ist der Auftraggeber bzw. die unter Kapitel 1.4 benannten Bezugsberechtigten.

1.4 Bezugsberechtigte

Bezugsberechtigt aus der Rahmenvereinbarung sind die nachfolgend aufgeführten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und Einrichtungen:

SWR ➤	Südwestrundfunk	4 Seite 17
	Rahmenvereinbarung zur Lieferung von fabrikneuen Kraftfahrzeugen (BEV + PHEV)	
	Besondere Vertragsbedingungen	
	Aktenzeichen: EU-A/P 06/2024	

- ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice
- ARTE Deutschland
- Bayerischer Rundfunk (BR)
- Deutsche Welle (DW)
- Hessischer Rundfunk (HR)
- Mitteldeutscher Rundfunk (MDR)
- Norddeutscher Rundfunk (NDR)
- Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)
- Saarländischer Rundfunk (SR)
- Südwestrundfunk (SWR)
- Westdeutscher Rundfunk (WDR)

Des Weiteren sind auch Tochter- und Beteiligungsunternehmen, sofern die Beteiligung größer 50 % beträgt, bezugsberechtigt. Ebenfalls bezugsberechtigt sind Gemeinschaftseinrichtungen (GSEA), für die der jeweilige Bezugsberechtigte die Federführung hat.


Der Auftraggeber wird die zur selbstständigen Bestellung aus dieser Rahmenvereinbarung Bezugsberechtigten über diese Vertragsbedingungen informieren und sie zu deren Einhaltung verpflichten. Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ordnungsgemäße Verwendung der Fahrzeuge im Sinne dieser Regelungen zu überprüfen.

1.5 Laufzeit

Der Auftraggeber und der Auftragnehmer schließen eine Rahmenvereinbarung zur Lieferung von standardisierten, fabrikneuen Kraftfahrzeugen (BEV + PHEV) für einen Zeitraum von 24 Monaten (Grundlaufzeit) mit zwei Verlängerungsoptionen um jeweils weitere 12 Monate bis zu einer maximalen Vertragslaufzeit von 48 Monaten.

Der Vertrag kommt mit der Zuschlagserteilung zustande.

Der Vertrag beginnt am 01.02.2025 und endet am 31.01.2027 (Grundlaufzeit). Der Vertrag verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn er nicht bis spätestens zum 30.09. des jeweiligen Vertragsjahres durch den Auftraggeber gekündigt wird. Die Vertragslaufzeit endet jedoch spätestens am 31.01.2029 (maximale Vertragslaufzeit: 48 Monate), ohne dass es einer Kündigung durch den Auftraggeber bedarf.

	Südwestrundfunk	5 Seite 17
	Rahmenvereinbarung zur Lieferung von fabrikneuen Kraftfahrzeugen (BEV + PHEV)	
	Besondere Vertragsbedingungen	
	Aktenzeichen: EU-A/P 06/2024	

Eine fristlose Kündigung aus wichtigem Grund bleibt beiden Parteien vorbehalten. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn

- a) trotz schriftlicher Abmahnung erneut gegen eine Pflicht aus diesem Vertrag verstoßen wird oder bei bestehender Pflichtverletzung trotz Fristsetzung keine Abhilfe erfolgt,
- b) ein Antrag auf Eröffnung des Insolvenz- oder eines vergleichbaren Verfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers mangels Masse abgelehnt wird.

Bei Eintritt einer Voraussetzung, die zu einer fristlosen Kündigung berechtigt, wird die betroffene Partei die andere Partei unverzüglich und umfassend über den zu Grunde liegenden Sachverhalt schriftlich in Kenntnis setzen.

Die Benachrichtigung und die Kündigung müssen schriftlich erfolgen.

Die Pflicht des Auftragnehmers, die Leistungen bis zum Zeitpunkt der Vertragsbeendigung ordnungsgemäß zu erbringen, bleibt von einer Kündigung unberührt.

1.6 Liefer- / Leistungsort

Die Lieferung von standardisierten, fabrikneuen Kraftfahrzeugen (BEV + PHEV) muss innerhalb Deutschlands an die jeweiligen Standorte der in Kapitel 1.4 benannten Bezugsberechtigten erfolgen (siehe Anlage 9).

Hinweis zur Auslieferung:


Der Kilometerstand der ausgelieferten Fahrzeuge darf **nicht mehr als 150 km** betragen.

1.7 Vertragsausübung

Die Ausübung der Rahmenvereinbarung erfolgt durch den Abschluss von Einzelkaufverträgen, bei denen der Auftraggeber und die Bezugsberechtigten jeweils die genaue Spezifikation der Kraftfahrzeuge entsprechend den Anforderungen in den Leistungsblättern LB1-5 (siehe Technischer Teil B), die konkrete Bestellmenge, den verbindlichen Liefertermin und den Lieferort (siehe auch Kapitel 1.6), die Rechnungsanschrift sowie vereinbarte Zusatzleistungen angeben.

1.8 Bestellung und Einzelkaufvertrag

Der Auftraggeber oder der Bezugsberechtigte konfiguriert das zu bestellende Kraftfahrzeug mittels des im Leistungsblatt LB0 (siehe Technischer Teil B) beschriebenen Konfigurations-

	Südwestrundfunk	6 Seite 17
	Rahmenvereinbarung zur Lieferung von fabrikneuen Kraftfahrzeugen (BEV + PHEV)	
	Besondere Vertragsbedingungen	
	Aktenzeichen: EU-A/P 06/2024	

werkzeuges (Portal / Konfigurator) und übermittelt diese Konfiguration(en) dem Auftragnehmer. Dieser erstellt auf Basis der Festlegungen dieser Rahmenvereinbarung ein verbindliches Angebot, das der Auftraggeber oder der Bezugsberechtigte durch Zustellung einer Bestellung annimmt. Eine Übermittlung der Anforderungen muss auch per Telefon, E-Mail, Fax oder im persönlichen Gespräch möglich sein. Der so zustande gekommene Einzelkaufvertrag muss innerhalb von 10 Kalendertagen schriftlich durch den Auftragnehmer bestätigt werden.

Eine Abweichung im Bestellprozess können der Auftraggeber und die Bezugsberechtigten mit dem Auftragnehmer in gegenseitigem Einvernehmen abstimmen.

1.9 Haftungsausschluss

Die jeweiligen Auftraggeber eines Einzelauftrages (Auftraggeber und Bezugsberechtigte) haften untereinander nicht als Gesamtschuldner.

1.10 Dedizierter Ansprechpartner

Der Auftragnehmer bestimmt je Los für den Auftraggeber und die Bezugsberechtigten einen dedizierten Ansprechpartner zur Abwicklung der Rahmenvereinbarung. Der Ansprechpartner kann für mehrere Abnehmer (Auftraggeber / Bezugsberechtigte) oder mehrere Lose personenidentisch sein.

1.11 Sprache

Der Schriftverkehr mit dem Auftraggeber und den Bezugsberechtigten ist in deutscher Sprache zu führen. Benannte Ansprechpartner sowie die zur Vertragserfüllung tätigen Mitarbeiter (auch der Unterauftragnehmer) müssen die deutsche Sprache fließend in Wort und Schrift beherrschen.

1.12 Eigennutzung

Der Auftraggeber und die Bezugsberechtigten sichern zu, dass sie die aus diesem Vertrag bezogenen Kraftfahrzeuge nachweisbar als wirtschaftlicher Eigentümer mindestens für die Dauer von 24 Monaten nach Lieferung zur Eigennutzung verwenden. Ausgenommen von dieser Frist sind Fahrzeuge, an denen, aus welchem Grund auch immer, ein Totalschaden entstanden und festgestellt worden ist.

SWR ➔	Südwestrundfunk	7 Seite 17
	Rahmenvereinbarung zur Lieferung von fabrikneuen Kraftfahrzeugen (BEV + PHEV)	
	Besondere Vertragsbedingungen	
	Aktenzeichen: EU-A/P 06/2024	

1.13 Preise / Preisanpassung

Die Kaufpreise der fabrikneuen Kraftfahrzeuge je Los ergeben sich aus den Angebotspreisen des Auftragnehmers gemäß Angebotsschreiben (siehe Anlage 1) bzw. den in den Preisblättern (siehe Anlage 8) angegebenen Einzelpreisen und gewährten Rabattsätzen in % auf die jeweils gültigen, allgemein veröffentlichten Preislisten.

Im Angebot des Auftragnehmers sind alle Preise als Nettopreise anzugeben. Die endgültigen Fahrzeugkonfigurationen werden zum Zeitpunkt der Bestellung festgelegt und haben keine Änderung der zugrunde gelegten Preise / Rabatte zur Folge.

Die Rabattsätze in % gemäß dem Angebot des Auftragnehmers (siehe Preisblätter, Anlage 8) sind für die gesamte Vertragslaufzeit fest vereinbart und beziehen sich auf die zum Bestellzeitpunkt jeweils gültige, allgemein veröffentlichte Preisliste. Eine nachträgliche Anpassung ist ausgeschlossen.

Die Auslieferungspauschale gilt als fest vereinbart für die Grundlaufzeit der Rahmenvereinbarung (24 Monate). Eine Preisanpassung bezüglich der Auslieferungspauschale ist erst ab dem 3. Vertragsjahr möglich und nur maximal zulässig im Rahmen der Steigerung des aktuellen Verbraucherpreisindex in Deutschland, veröffentlicht durch das statistische Bundesamt, jedoch nicht mehr als 3,0 %.

Dazu muss der Auftragnehmer die beabsichtigte Preiserhöhung in Bezug auf die Auslieferungspauschale dem Auftraggeber bis zum 30.06. eines Jahres schriftlich mitteilen und begründen.

Eine Preishöhung erfolgt nur, wenn:

- sie dem Auftraggeber fristgerecht schriftlich mitgeteilt und begründet wurde und
- der Auftraggeber der Preiserhöhung ausdrücklich schriftlich zugestimmt hat.

Die Preiserhöhung wird frühestens in dem Vertragsjahr wirksam, das auf die Zustimmung des Auftraggebers folgt. Unterbleibt eine fristgerechte Mitteilung über die beabsichtigte Preiserhöhung oder stimmt der Auftraggeber der beabsichtigten Preiserhöhung nicht zu, so gelten die bisherigen Preise unverändert weiter.

Pro Vertragsjahr ist maximal eine Preiserhöhung möglich. Kommt eine Einigung über eine Anpassung des Entgelts nicht zustande, wird der Vertrag nicht verlängert. Bis zum Ablauf des aktuellen Vertragsjahres gilt die zuletzt vereinbarte Vergütung weiter.

SWR ➔	Südwestrundfunk	8 Seite 17
	Rahmenvereinbarung zur Lieferung von fabrikneuen Kraftfahrzeugen (BEV + PHEV)	
	Besondere Vertragsbedingungen	
	Aktenzeichen: EU-A/P 06/2024	

1.14 Zahlungsbedingungen / Rechnungsstellung

Die vom Auftragnehmer gelieferten fabrikneuen Kraftfahrzeuge werden dem Auftraggeber bzw. dem jeweiligen Bezugsberechtigten eines Einzelvertrages in Rechnung gestellt. Die Rechnungsstellung erfolgt in Euro (€). Der Auftraggeber oder der Bezugsberechtigte zahlt die Vergütung innerhalb einer Frist von 30 Kalendertagen netto ohne Abzug nach vertragsgemäßer Leistung bzw. Lieferung und Zugang einer ordnungsgemäßen, prüffähigen Rechnung. Diese enthält zwingend die dem Auftragnehmer mitgeteilte (SAP-) Bestellnummer, die Rechnungsadresse des Auftraggebers oder des Bezugsberechtigten sowie den Nettokaufpreis, die gesetzliche MwSt. und den Bruttoendpreis. Forderungen gegen den Auftraggeber oder die Bezugsberechtigten dürfen nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers oder der Bezugsberechtigten an Dritte abgetreten werden.

Rechnungsadresse des Auftraggebers:

1. Bei Rechnungsversand per Post an:

Südwestrundfunk
- Kreditorenbuchhaltung -
76522 Baden-Baden

2. Bei elektronischem Rechnungsversand an:

Rechnungseingang-SWR@swr.de

Weitere Details zu den Anforderungen an den elektronischen Rechnungsversand:

siehe www.swr.de/rechnungen

Rechnungsadresse der weiteren Bezugsberechtigten:

Die weiteren Bezugsberechtigten teilen dem Auftragnehmer die jeweils zu verwendenden Rechnungsadressen nach der Zuschlagserteilung separat mit.

1.15 Lieferung und Lieferverzug

1. Lieferort, Liefertermine und Lieferfristen sind schriftlich anzugeben. Lieferfristen beginnen mit dem Bestelldatum der jeweiligen Einzelbestellung durch den Auftraggeber oder Bezugsberechtigten. Die maximale Lieferfrist beträgt in der Regel 4 Monate. Lieferverzögerungen auf Grund von höherer Gewalt, Streiks, Unruhen und Kriegsereignissen, oder

SWR ➔	Südwestrundfunk	9 Seite 17
	Rahmenvereinbarung zur Lieferung von fabrikneuen Kraftfahrzeugen (BEV + PHEV)	
	Besondere Vertragsbedingungen	
	Aktenzeichen: EU-A/P 06/2024	

anderen Ereignissen, die nicht dem Auftragnehmer anzulasten sind, gehen nicht zu Lasten des Auftragnehmers.

2. Die Lieferung beinhaltet das zur Benutzung bereite Fahrzeug und umfasst u.a. Fahrzeugschlüssel, Zulassungspapiere sowie einen Nachweis über eine durchgeführte UVV-Prüfung. Die Zulassungspapiere müssen zum Lieferzeitpunkt dem Auftraggeber oder Bezugsberechtigten übergeben werden. Der konkrete Übergabeprozess wird nach Zuschlagserteilung zwischen dem Auftraggeber / Bezugsberechtigten und dem Auftragnehmer bilateral abgestimmt.
3. Der Auftraggeber oder Bezugsberechtigte kann zwei Wochen nach Überschreiten eines unverbindlichen Liefertermins oder einer unverbindlichen Lieferfrist den Auftragnehmer auffordern zu liefern. Diese Frist verkürzt sich auf 10 Tage bei Fahrzeugen, die beim Auftragnehmer vorhanden sind. Mit dem Zugang der Aufforderung kommt der Auftragnehmer in Verzug. Hat der Auftraggeber Anspruch auf Ersatz eines Verzugsschadens, beschränkt sich dieser bei leichter Fahrlässigkeit des Auftragnehmers auf höchstens 3 % des vereinbarten Kaufpreises.
4. Will der Auftraggeber oder der Bezugsberechtigte darüber hinaus vom Vertrag zurücktreten und/oder Schadensersatz statt der Leistung verlangen, muss er dem Auftragnehmer nach Ablauf der betreffenden Frist gemäß Ziffer 3, Satz 1 oder 2 dieses Abschnitts eine angemessene Frist zur Lieferung setzen. Hat der Auftraggeber Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung, beschränkt sich der Anspruch bei leichter Fahrlässigkeit auf höchstens 25 % des vereinbarten Kaufpreises. Wird dem Auftragnehmer, während er in Verzug ist, die Lieferung durch Zufall unmöglich, so haftet er mit den vorstehend vereinbarten Haftungsbegrenzungen. Der Auftragnehmer haftet nicht, wenn der Schaden auch bei rechtzeitiger Lieferung eingetreten wäre.
5. Wird ein verbindlicher Liefertermin oder eine verbindliche Lieferfrist überschritten, kommt der Auftragnehmer bereits mit Überschreiten des Liefertermins oder der Lieferfrist in Verzug. Die Rechte des Auftraggebers bestimmen sich dann nach Ziffer 3, Satz 4 und Ziffer 4 dieses Abschnitts.
6. Im Falle von Modellwechseln kann die Lieferfrist auf bis zu 6 Monate ausgedehnt werden. Voraussetzung für diese Verlängerung ist, dass der Modellwechsel vom Auftragnehmer mit einem Vorlauf von 6 Monaten beim Auftraggeber schriftlich angezeigt wird.

SWR ➔	Südwestrundfunk	10 Seite 17
	Rahmenvereinbarung zur Lieferung von fabrikneuen Kraftfahrzeugen (BEV + PHEV)	
	Besondere Vertragsbedingungen	
	Aktenzeichen: EU-A/P 06/2024	

7. Für die Dauer des Verzuges stellt der Auftragnehmer ungeachtet der Regelungen nach Ziffer 3, Satz 4 und Ziffer 4 dieses Abschnitts dem Auftraggeber kostenfrei ein gleichwertiges Ersatzfahrzeug zur Verfügung.
8. Höhere Gewalt oder beim Auftragnehmer oder dessen Lieferanten eintretende Betriebsstörungen, die den Auftragnehmer ohne eigenes Verschulden vorübergehend daran hindern, den Kaufgegenstand zum vereinbarten Termin oder innerhalb der vereinbarten Frist zu liefern, verändern die in Ziffern 1 bis 3 dieses Abschnitts genannten Termine und Fristen um die Dauer der durch diese Umstände bedingten Leistungsstörungen. Führen entsprechende Störungen zu einem Leistungsaufschub von mehr als zwei Monaten, kann der Auftraggeber und die Bezugsberechtigten vom Vertrag zurücktreten. Andere Rücktrittsrechte bleiben davon unberührt.
9. Konstruktions- oder Formänderungen, Abweichungen im Farbton sowie Änderungen des Lieferumfangs seitens des Auftragnehmers bleiben während der Lieferzeit vorbehalten, sofern die Änderungen oder Abweichungen unter Berücksichtigung der Interessen des Auftraggebers oder des Bezugsberechtigten für den Auftraggeber oder den Bezugsberechtigten zumutbar sind.

1.16 Abnahme und Gefahrenübergang

1. Der Auftraggeber oder der Bezugsberechtigte ist verpflichtet, den Kaufgegenstand innerhalb von 14 Tagen ab Zugang der Bereitstellungsanzeige abzunehmen. Die Abnahme und der Gefahrenübergang erfolgt an dem vom Auftraggeber oder dem Bezugsberechtigten benannten Lieferort.
2. Im Falle der Nichtabnahme kann der Auftragnehmer von seinen gesetzlichen Rechten Gebrauch machen. Verlangt der Auftragnehmer Schadensersatz, so beträgt dieser 10 % des Kaufpreises. Der Schadensersatz ist höher oder niedriger anzusetzen, wenn der Auftragnehmer einen höheren Schaden nachweist oder der Auftraggeber oder der Bezugsberechtigte nachweist, dass ein geringerer oder überhaupt kein Schaden entstanden ist.

1.17 Sachmangel und Gewährleistung

Der Auftragnehmer liefert dem Auftraggeber oder den Bezugsberechtigten der Einzelkaufverträge die Kraftfahrzeuge frei von Sachmängeln. Als Sachmangel im Sinne des § 434 BGB gilt

SWR ➔	Südwestrundfunk	11 Seite 17
	Rahmenvereinbarung zur Lieferung von fabrikneuen Kraftfahrzeugen (BEV + PHEV)	
	Besondere Vertragsbedingungen	
	Aktenzeichen: EU-A/P 06/2024	

auch, wenn die gelieferten Kraftfahrzeuge nicht der vertraglich vereinbarten Beschaffenheit entsprechen. Ein unerheblicher Sachmangel ist unbeachtlich.

Ansprüche des Auftraggebers oder der Bezugsberechtigten wegen Sachmängeln verjähren entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen in zwei Jahren ab Abnahme des Kaufgegenstandes.

Soll eine Mängelbeseitigung durchgeführt werden, gilt Folgendes:

1. Ansprüche auf Mängelbeseitigung kann der Auftraggeber oder die Bezugsberechtigten beim Auftragnehmer oder bei anderen, vom Auftragnehmer für die Betreuung des Kaufgegenstandes anerkannten Betrieben, geltend machen; im letzteren Fall hat der Auftraggeber und die Bezugsberechtigten den Auftragnehmer hiervon unverzüglich zu unterrichten, wenn die erste Mängelbeseitigung erfolglos war. Bei mündlichen Anzeigen von Ansprüchen ist dem Auftraggeber oder dem Bezugsberechtigten eine schriftliche Bestätigung über den Eingang der Anzeige auszuhändigen.
2. Wird der Kaufgegenstand wegen eines Sachmangels betriebsunfähig, hat sich der Auftraggeber an den dem Ort des betriebsunfähigen Kaufgegenstandes nächstgelegenen, vom Hersteller für die Betreuung des Kaufgegenstandes anerkannten dienstbereiten Betrieb zu wenden.
3. Für die zur Mängelbeseitigung eingebauten Teile können der Auftraggeber oder die Bezugsberechtigten bis zum Ablauf der Gewährleistungsfrist des Kaufgegenstandes Sachmängelanprüche aufgrund des Kaufvertrages geltend machen.
4. Ersetzte Teile werden Eigentum des Auftragnehmers.


Durch Eigentumswechsel am Kaufgegenstand werden Mängelbeseitigungsansprüche nicht berührt. Die vorstehenden Regelungen gelten nicht für Ansprüche auf Schadenersatz; für diese gelten die Regelungen unter Kapitel 1.18.

1.18 Sonstige Haftung

Die Haftung ist abschließend für Verzug in Kapitel 1.15 und für Gewährleistung in Kapitel 1.17 geregelt. Im Übrigen haftet der Auftragnehmer für von ihm zu vertretende Schäden wie folgt:

⇒ 3.000.000 € pauschal jeweils für Personen- und Sachschäden

Die Deckungssumme gilt je Versicherungsfall; die Jahreshöchstleistung für alle Schadensereignisse eines Versicherungsjahres beträgt 6.000.000 €.

	Südwestrundfunk	12 Seite 17
	Rahmenvereinbarung zur Lieferung von fabrikneuen Kraftfahrzeugen (BEV + PHEV)	
	Besondere Vertragsbedingungen	
	Aktenzeichen: EU-A/P 06/2024	

⇒ 100.000 € pauschal für Vermögensschäden

Die Deckungssumme gilt je Versicherungsfall; die Jahreshöchstleistung für alle Schadensereignisse eines Versicherungsjahres beträgt 200.000 €.

Die Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Ansprüche bei Vorsatz, grober Fahrlässigkeit, bei der Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder soweit das Produkthaftungsgesetz zur Anwendung kommt.

1.19 Produkt- und Technologiewandel

Für den Fall eines Modellwechsels infolge einer technischen Weiterentwicklung gilt Folgendes:

Sofern die in den Leistungsblättern LB1-5 (siehe Technischer Teil B) bezeichneten Kraftfahrzeuge auf Grund des Produkt- und Technologiewandels nicht mehr lieferbar sind, hat der Auftragnehmer in Absprache mit dem Auftraggeber bzw. den Bezugsberechtigten mindestens gleichwertige Kraftfahrzeuge mit mindestens dem gleichen Leistungs- und Funktionsumfang als Nachfolgemodell zu liefern. Der Auftragnehmer gewährleistet hierbei die Einhaltung der Mindestanforderungen sowie die Funktionsgleichheit.

Falls kein Fahrzeug als Nachfolgemodell angeboten werden kann, gilt die Rahmenvereinbarung für dieses Fahrzeug, unabhängig vom Erreichen der Mindestabnahmemenge, als erfüllt.

Weitere Details sind nach Abschluss dieser Rahmenvereinbarung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer abzustimmen.

1.20 Vertraulichkeit und Datenschutz

Der Inhalt dieser Rahmenvereinbarung und der auf dieser Grundlage abgeschlossenen Einzelkaufverträge ist vertraulich zu behandeln.

Der Auftragnehmer hat alle Geschäftsvorgänge, -abläufe, Pläne, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, Unterlagen und Daten sowie als vertraulich bezeichnete oder aufgrund sonstiger Umstände erkennbar als vertraulich zu behandelnden Informationen des Auftraggebers bzw. der Bezugsberechtigten oder mit dem Auftraggeber bzw. Bezugsberechtigten verbundenen Unternehmen, die ihm aufgrund der Zusammenarbeit bekannt werden, vertraulich zu behandeln.

Diese Verpflichtung gilt auch über das Ende des Vertrages hinaus.

SWR ➔	Südwestrundfunk	13 Seite 17
	Rahmenvereinbarung zur Lieferung von fabrikneuen Kraftfahrzeugen (BEV + PHEV)	
	Besondere Vertragsbedingungen	
	Aktenzeichen: EU-A/P 06/2024	

Der Auftragnehmer gewährleistet die Einhaltung der Vertraulichkeit und trifft hierfür geeignete Vorkehrungen, um die Vertraulichkeit sicherzustellen. Er sichert zu, alle für ihn im Rahmen der Vertragsabwicklung tätigen Personen auf die Vertraulichkeit zu verpflichten. Die zum Schutze der Vertraulichkeit getroffenen Vorkehrungen und die Einhaltung der Vertraulichkeit, seitens der im Rahmen der Vertragsabwicklung tätigen Personen werden vom Auftragnehmer laufend überprüft. Der Auftragnehmer wird die Verpflichtung zur Geheimhaltung auch Dritten auferlegen, die er zur Durchführung von Arbeiten beauftragt. Ein Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verschwiegenheitspflicht verpflichtet zum Ersatz aller hieraus erwachsenden Schäden.

Die gesetzlichen Bestimmungen des Datenschutzes sind entsprechend einzuhalten.

1.21 Vertragswidrige Verwendung

Für Kraftfahrzeuge, die entgegen den Bedingungen dieser Rahmenvereinbarung verwendet werden, entfällt der Anspruch auf den gewährten Nachlass in voller Höhe. Kann der Auftraggeber oder der Bezugsberechtigte die vertragsgemäße Verwendung nicht nachweisen, ist er verpflichtet, dem Auftragnehmer den gewährten Nachlass zuzüglich darauf anfallender Umsatzsteuer zurückzuzahlen. Erfolgt die vertragswidrige Verwendung der Kraftfahrzeuge vorsätzlich, so hat der Auftragnehmer das Recht, die Rahmenvereinbarung fristlos zu kündigen.

1.22 Kaufrechtsabtretung bei Leasingfinanzierung

Der Auftraggeber und die Bezugsberechtigten behalten sich vor, Fahrzeuge im Wege des Leasings zu finanzieren. Dabei können folgende Konstellationen eintreten:

- Der Auftragnehmer selbst fungiert als Leasinggeber.
- Ein konzernverbundenes Unternehmen des Auftragnehmers fungiert als Leasinggeber.
- Ein unabhängiges, drittes Unternehmen fungiert als Leasinggeber.

In allen Fällen tritt der Auftraggeber oder der Bezugsberechtigte sein durch Zuschlag erworbenes Kaufrecht an eine vom Auftraggeber oder Bezugsberechtigten bestimmte Leasinggesellschaft ab. Die Leasinggesellschaft tritt dann in die Bestellung des Auftraggebers oder des Bezugsberechtigten zum Zweck des Erwerbs des Fahrzeuges ein. Mit Abgabe eines Angebotes stimmt der Bieter dieser Abtretung zu.

Die Auswahl eines Leasinggebers ist nicht Bestandteil dieser Ausschreibung.

SWR ➔	Südwestrundfunk	14 Seite 17
	Rahmenvereinbarung zur Lieferung von fabrikneuen Kraftfahrzeugen (BEV + PHEV)	
	Besondere Vertragsbedingungen	
	Aktenzeichen: EU-A/P 06/2024	

1.23 Einhaltung der Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) sowie des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) / Freistellung

1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seinen Arbeitnehmern bei der Ausführung der beauftragten Leistung mindestens das für die Ausführung der Leistung geltende Mindestentgelt zu zahlen, das durch das Mindestlohngesetz (MiLoG) oder einen für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag, der dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt oder durch eine auf ihrer Grundlage erlassenen Rechtsverordnung festgesetzt ist.
2. Der Auftragnehmer ist zudem verpflichtet dafür zu sorgen, dass die von ihm eingesetzten Verleihbetriebe und Unterauftragnehmer sowie die von Unterauftragnehmer eingesetzten Unterauftragnehmer die in Ziffer 1 genannten Verpflichtungen zur Zahlung von Mindestentgelten einhalten und die entsprechenden Verpflichtungserklärungen in Schriftform abgeben. Die Erklärungen sind vor Einsatz des Verleihers oder des jeweiligen Unterauftragnehmer einzufordern und dem Auftraggeber vorzulegen.
3. Im begründeten Ausnahmefall - etwa bei nachgewiesenen oder wahrscheinlichen Verstößen des Auftragnehmers gegen die Verpflichtung aus dieser Vereinbarung - kann der Auftraggeber geeignete Nachweise (z.B. Lohnabrechnungen, Zollanmeldungen etc.) verlangen.
4. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber auf erstes schriftliches Anfordern von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die aus der Verletzung der Pflichten aus dem MiLoG oder AEntG durch den Auftragnehmer und/oder den von ihm beauftragten Verleiher / Unterauftragnehmer bzw. dessen Unterauftragnehmer resultieren. Hierunter fallen u.a. Forderungen der eigenen Arbeitnehmer des Auftragnehmers, Forderungen der Arbeitnehmer weiterer Unterauftragnehmer sowie beauftragten Verleihbetriebe, behördliche Forderungen wie z.B. Bußgelder, Ansprüche von Sozialversicherungsträgern und Finanzbehörden, behördlich erteilte Auflagen als auch hiermit zusammenhängende Rechtsverfolgungs- und Rechtsverteidigungskosten.
5. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber unverzüglich darüber in Kenntnis zu setzen, wenn gegenüber dem Auftragnehmer Ansprüche eigener Arbeitnehmer oder vom Auftragnehmer eingesetzter Unterauftragnehmer geltend gemacht werden, sofern diese Ansprüche im Zusammenhang mit dem MiLoG oder AEntG stehen oder wenn gegen den

SWR ➤	Südwestrundfunk	15 Seite 17
	Rahmenvereinbarung zur Lieferung von fabrikneuen Kraftfahrzeugen (BEV + PHEV)	
	Besondere Vertragsbedingungen	
	Aktenzeichen: EU-A/P 06/2024	

Auftragnehmer ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet worden ist, das im Zusammenhang mit den vorgenannten Gesetzen steht.

6. Für den Fall des Verstoßes gegen die Pflichten aus dem MiLoG oder AEntG sowie für den Fall der Nichterfüllung der vorgenannten Pflichten durch den Auftragnehmer oder durch ein von ihm eingesetztes oder durch ein von Unterauftragnehmer eingesetzter Unterauftragnehmer, ist der Auftraggeber zur fristlosen Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund und zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen berechtigt.

1.24 Weitergehende Bestimmungen

Die Rahmenvereinbarung und ihre Änderungen sowie alle vertragsrelevanten Erklärungen, Mitteilungs- und Dokumentationspflichten bedürfen der Schriftform, soweit nicht eine andere zusätzliche Form vereinbart ist.

Im Fall von Widersprüchen zwischen den Regelungen dieser Rahmenvereinbarung und denen des Einzelkaufvertrages, gehen die Regelungen des Einzelkaufvertrages dieser Rahmenvereinbarung vor.

Sollten einzelne Bestimmungen der Rahmenvereinbarung ganz oder teilweise unwirksam sein, so wird hiervon die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung tritt die gesetzlich zulässige Bestimmung, die dem Willen der Parteien am nächsten kommt. Die Vertragspartner werden zusammenwirken, um unwirksame Regelungen durch solche Regelungen zu ersetzen, die den unwirksamen Bestimmungen soweit wie möglich entsprechen. Dies gilt auch im Falle einer unbeabsichtigten Regelungslücke.

1.25 Gerichtsstand

Ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus dieser Rahmenvereinbarung ist Stuttgart. Der Gerichtsstand für Streitigkeiten aus Einzelkaufverträgen ist der jeweilige Gerichtsstand des Auftraggebers bzw. des Bezugsberechtigten.

2. Abnahmemengen

Die Vertragsausübung erfolgt auf der Basis der Rahmenvereinbarung je Los.

Die Abnahmemengen, bezogen auf die **maximale Laufzeit von 48 Monaten** der Rahmenvereinbarung, sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Abnahmemengen	Mindest-abnahmemenge	Geschätzte Abnahmemenge	Optionale Höchstmenge
1	2	3	4
LOS 1:			
PKW Langstrecke BEV gemäß LB1	15	118	126
LOS 2:			
PKW Kombi Kompakt BEV gemäß LB2	31	127	135
LOS 3:			
Kleinbus mit Heckklappe BEV gemäß LB3	24	74	84
LOS 4:			
Kleinbus mit Heckklappe PHEV gemäß LB4	14	38	42
LOS 5:			
Kleintransporter < 3,5t BEV gemäß LB5	6	35	40

Tabelle 1 – Mengengerüst

Die angegebenen Mengen beziehen sich auf die **maximale Laufzeit** der Rahmenvereinbarung und können zwischen den Fahrzeugklassen je Los auf Basis der jeweiligen Kaufpreise aus den Einzelkaufverträgen ausgeglichen werden.

Sollte es durch Auswahl von Bestelloptionen bei den einzelnen Fahrzeugen für den Bieter notwendig sein, seine Fahrzeugplattform innerhalb eines Leistungsblattes zu wechseln, so ist dies für die Erfüllung der hier aufgeführten Mengen je Leistungsblatt unerheblich.

2.1 Mindestabnahmemenge

In der Tabelle ist in Spalte 2 die garantierte Mindestabnahmemenge aufgeführt. Der Auftragnehmer hat eine Abnahmegarantie im Sinne einer Mindestabnahme aus der oben definierten Mindestabnahmemenge. Die Mindestabnahmemenge gilt, unabhängig von der ausgewiesenen

SWR ➤	Südwestrundfunk	17 Seite 17
	Rahmenvereinbarung zur Lieferung von fabrikneuen Kraftfahrzeugen (BEV + PHEV)	
	Besondere Vertragsbedingungen	
	Aktenzeichen: EU-A/P 06/2024	

Stückzahl, auch als erreicht, wenn die Summe der Kaufpreise aus den Einzelkaufverträgen die Mindestabnahmemenge in Euro erreicht oder überschritten hat.

2.2 Geschätzte Abnahmemenge

Die Spalte 3 der Tabelle gibt die geschätzte Abnahmemenge einschließlich der Mindestabnahmemenge an. Diese Menge wurde vom Auftraggeber unter Berücksichtigung bereits laufender und zukünftig geplanter Projekte ermittelt. Eine Abnahmeverpflichtung besteht nicht.

2.3 Optionale Höchstmenge

Über den Bedarf in Spalte 3 hinaus können Mengen zur Deckung nicht detailliert planbarer Volumen bis zu einer in der Spalte 4 der Tabelle angegebenen optionalen Höchstmenge aus dieser Rahmenvereinbarung bezogen werden. Eine Abnahmeverpflichtung besteht nicht.

2.4 Reporting

Zur Überprüfung der aus dieser Rahmenvereinbarung abgerufenen Fahrzeugmengen erhalten der Auftraggeber und die Bezugsberechtigten vom Auftragnehmer ohne gesonderte Aufforderung halbjährlich zum 30.06. und 31.12. eines Jahres je Los eine tabellarische, elektronische, nach Leistungsblättern und Bezugsberechtigten gruppierte Zusammenfassung als Excel-Tabelle per E-Mail zu den abgeschlossenen Einzelkaufverträgen und deren Kaufpreise des Auftraggebers und der Bezugsberechtigten.